

Niederschrift

über die 30. Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien
am Mittwoch, 17.09.2008, 17:00 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2 (11. Etage), Ludgeriplatz 4, 48151 Münster.

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Dr. Veit Christoph Baecker, Meik Bolte, Christiane Krüger in Vertretung von Frau Greefrath, Josef Rickfelder

von der SPD-Fraktion

Maria Anna Hakenes, Adrian Hergt, Marianne Hopmann

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Friedhelm Gerhard in Vertretung von Frau Möllers, Karl-Heinz Neubert

von den Trägern der freien Jugendhilfe

Stephan Degen ab 17:25 Uhr (TOP 5), Prof. Dr. Martin Heidrich, Jutta Lebkücher, Ulrich Messing, André Saphörster

beratende Mitglieder

Gerda Benien, Stephan Bommers in Vertretung von Herrn Schönfelder, Dr. Andrea Hanke, Christiane Hansmann in Vertretung von Herrn Fröse, Manfred Hardt in Vertretung von Herrn Selig, Lisa Hester, Petra Karallus in Vertretung von Frau Markerth, Dr. Karin Obst, Anna Pohl, Marike Storck-Wildoer, Rita Tücking

von der Verwaltung

Gerd Bertling, Lothar Dunkel, Tilman Fuchs, Dörthe Grönefeld, Birgit Herdes, Sibylle Kratz-Trutti, Karl Materla, Bernhard Paschert, Frank-Detlev Philipp, Dr. Anna Ringbeck, Dr. Dagmar Schwarte, Heiner Vogt

für die Schriftführung

Heinz Lembeck

es fehlten entschuldigt

Klaus Fröse, Carmen Greefrath, Beate Heeg, Ute Kuchenbecker, Matthias Manglus, Gabriele Markerth, Jutta Möllers, Henning Schneiderei, Dieter Schönfelder, Felizitas Schulte, Lutz Selig

Tagesordnung:

- | | | |
|--------------------------|-----|---|
| | 1. | Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist |
| | 2. | Eingegangene Anträge und Eingaben |
| | 3. | Berichte und Mitteilungen |
| | 4. | Anfragen von Ausschussmitgliedern |
| | 5. | Umgang mit Krisen in Schulen in Münster |
| <u>V/0679/2008</u>
IV | 6. | Ganztagsoffensive der Landesregierung
Ganztagsangebote in Schulen der Sekundarstufe I |
| <u>V/0711/2008</u>
IV | 7. | Ein Jahr Fachberatung Schulverweigerung im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien - Erfahrungsbericht |
| <u>V/0682/2008</u>
V | 8. | „Die Familienhebamme am Gesundheitsamt der Stadt Münster“: Weiterführung des Modellprojekts |
| <u>V/0715/2008</u>
IV | 9. | Umsetzung Kinderbildungsgesetz -
Einzelmaßnahme: Elterninitiative Waldorfkindergarten
– Ausbau des Kindertagesbetreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren
– Investitionskostenzuschuss für Aus- und Umbau |
| | 10. | Verschiedenes |

Der Vorsitzende, Herr Rickfelder, eröffnete um 17:00 Uhr die 30. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien. Er begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung fragte der Vorsitzende nach Wünschen zur Änderung der Tagesordnung, die aber nicht geäußert wurden.

Punkt 1 der Tagesordnung

Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist

Auf Nachfrage wurde festgestellt, dass zu allen Tagesordnungspunkten die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen bzw. Verwaltungsmitarbeitern gewünscht wurde.

Punkt 2 der Tagesordnung**Eingegangene Anträge und Eingaben**

Es lagen keine Anträge oder Eingaben vor.

Punkt 3 der Tagesordnung**Berichte und Mitteilungen**

Frau Pohl berichtete:

3.1. Zum Rechtsratgeber „Alles klar“:

Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien habe im Rahmen des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes einen Rechtsratgeber für Jugendliche herausgegeben. Die Broschüre gebe einen ersten Überblick über die gängigsten Regelungen, die für Jugendliche wichtig seien.

Die Broschüre sei demnächst bei allen Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit erhältlich und solle dort ausgegeben werden, wo pädagogische Fachkräfte als Ansprechpersonen für weitere Fragen zur Verfügung stünden. Jeweils ein Exemplar des Ratgebers werde auch an die Mitglieder des Ausschusses verschickt.

3.2. Zur Kinderfrüherkennungsuntersuchung (U-Untersuchung) und zum Präventionsteam Familienbesuche:

Die Landesregierung, vertreten durch die Minister Laumann und Wolf, habe in der letzten Woche eine Verordnung zur Datenmeldung der Teilnahme an Kinderfrüherkennungsuntersuchungen (U-Untersuchungen) erlassen, die am 13.09.2008 in Kraft getreten sei. Inhaltlich gehe es darum, dass Ärztinnen und Ärzte an die „Zentrale Stelle Gesunde Kindheit“ im Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit (abgekürzt LIGA) melden, welche Kinder an Vorsorgeuntersuchungen teilgenommen haben. Durch Abgleich mit den Daten der Meldeämter lasse sich feststellen, welche Kinder nicht da waren.

Die Personensorgeberechtigten dieser Kinder würden vom LIGA an die Teilnahme an der U-Untersuchung erinnert. Erfolge nach spätestens vier Wochen nach Erinnerung keine Mitteilung über die Teilnahme, informiere das LIGA das örtlich zuständige Jugendamt. Dies solle dann in eigener Zuständigkeit entscheiden, ob gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes vorliegen und welche Maßnahmen gegebenenfalls geeignet und notwendig sind.

Damit komme auf die Jugendämter zumindest quantitativ eine neue Aufgabe zu. In fünf Modellkommunen, dies seien die Städte Düsseldorf, Münster und Bergkamen sowie die Kreise Heinsberg und Mettmann, solle das Verfahren nach einem angemessenen Zeitraum im Hinblick auf seine Wirksamkeit und Effizienz evaluiert werden. Das Verfahren dazu solle am 25.09.2008 in Düsseldorf mit dem LIGA abgestimmt werden. Was und wie das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien in der Sache agiere, solle danach entwickelt werden.

In dem Zusammenhang informierte Frau Pohl darüber, dass die fünf Kolleginnen des Präventionsteams Familienbesuche ihre Arbeit zum 01.08.2009 aufgenommen hätten. Mittlerweile seien 50 Besuche durchgeführt worden. Das neue Angebot des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien werde von den Eltern mit ihren Säuglingen gerne und mit hohem Interesse angenommen.

Punkt 4 der Tagesordnung**Anfragen von Ausschussmitgliedern**

Frau Pohl beantwortete die Anfrage der CDU-Ratsfraktion vom 19.06.2008: Wie kann die geforderte Eltern- und Familienbildung - mit Beteiligung der Familienbildungsstätten in freier Trägerschaft - in den Familienzentren gewährleistet werden?

Die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage ist dieser Niederschrift im Wortlaut als Anlage 1 beigelegt.

Punkt 5 der Tagesordnung**Umgang mit Krisen in Schulen in Münster**

Der Vorsitzende erinnerte daran, dass der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien sich am 09.04.2008 u. a. mit einer Amoklaufdrohung an einer Schule befasst hatte. Die Verwaltung hatte angeboten, dass die Schulpsychologische Beratungsstelle über den aktuellen Stand zum Umgang mit Krisensituationen in Schulen informieren wolle. Dazu begrüßte der Vorsitzende Herrn Dunkel von der Schulpsychologischen Beratungsstelle, der in der Sache berichtete und für Fragen zur Verfügung stand.

Nach einer Information darüber, was unter „Krisen“ an Schulen verstanden werde, erläuterte Herr Dunkel, dass es in diesen Fällen schnell eine große Menge Betroffener gebe, mit denen gesprochen werden müsse. Alle an Schule Beteiligte müssten mit dem Umgang mit diesen Situationen vertraut gemacht werden, insbesondere mit dem Umgang mit Medien. In solchen Krisensituationen, so Herr Dunkel, sei man in der Regel mit einem Chaos konfrontiert, wofür ein Krisenmanagement - im Sinne von Vorbereitung - erforderlich sei. Konkret habe es in Münster seit dem Vorfall in Emsdetten 13 Amok-Drohungen in Schulen gegeben, die der Polizei gemeldet wurden.

Herr Dunkel erläuterte, dass es in den letzten Jahren eine intensive Weiterentwicklung der Schulpsychologie in Deutschland gegeben habe. Dazu verwies er auf ein Netzwerk zur schulpsychologischen Krisenintervention in Nordrhein-Westfalen, u. a. mit speziell geschulten Kräften für den Einsatz in der Region, das weiter ausgebaut werde. Anschließend konkretisierte Herr Dunkel das Angebot in Münster, wo es ein Modell von Fürsorge, Nachsorge und Vorsorge gebe. Fürsorge bedeute, dass Schulleitungen und Krisenteams unterstützt würden, um aktuelle Krisen zunächst in irgendeiner Form zu bewältigen. Im Sinne einer Nachsorge stünden dann Schulleitungen, Schülern, Eltern, Lehrern und weiteren Kräften Unterstützung über einen längeren Zeitraum zur Verfügung. Schließlich würden zur Vorsorge Hilfsangebote für die Akteure entwickelt. Hierzu verwies Herr Dunkel auf eine Vorlage zur „Krisenkompetenz in Schulen“, die dieser Niederschrift als Anlage 2 beigelegt ist.

Abschließend gab Herr Dunkel einen Ausblick auf die weitere Entwicklung der schulpsychologischen Angebote für Schulen in Münster. Dabei gelte es, weitere Kooperationspartner für Schulen zu gewinnen und die Zusammenarbeit aller Beteiligten weiterzuentwickeln.

Aus dem Kreis des Ausschusses gab es viele Nach- und Detailfragen, die von Herrn Dunkel beantwortet wurden. Frau Dr. Hanke ergänzte die Informationen mit dem Hinweis, dass durch Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen drei zusätzliche Stellen in diesem Bereich der Schulpsychologischen Beratungsstelle eingestellt werden könnten.

Der Vorsitzende bedankte sich unter Beifall des Ausschusses bei Herrn Dunkel für den Vortrag und die gelieferten Informationen.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0679/2008**

**Ganztagsoffensive der Landesregierung
Ganztagsangebote in Schulen der Sekundarstufe I**

Frau Dr. Hanke führte in die Vorlage inhaltlich ein. Sie gab Informationen zu den vom Land bereitgestellten Finanzmitteln und erläuterte den zur Kofinanzierung entstehenden Finanzaufwand einschließlich der möglichen Maßnahmen für die Stadt.

Nach einem Überblick über die Perspektiven und rechtlichen Folgen der Einrichtung so genannter gebundener Ganztagschulen, beschrieb Frau Dr. Hanke die gemeinsam mit den Schulen bereits vorgenommenen Prüfungen, die Planungen für einzelne Schulen sowie die Fristen für das weitere Verfahren. Sie stellte fest, dass der absehbare Kostenrahmen von der Stadt Münster wohl umsetzbar sei.

In der folgenden Aussprache wurden die Folgewirkungen kritisch beurteilt, die sich durch die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Jahre ergeben. So sei bereits bei normalen Stundenplänen Nachmittagsunterricht erforderlich geworden, für dessen Organisation die Schulen zu wenig Geld und Zeit zur Verfügung hätten. Ebenso wurde auf die Notwendigkeit einer Einbindung der Jugendhilfe und einer stärkeren Verzahnung mit den Vormittagsangeboten der Schulen hingewiesen. Insbesondere für die Weiterentwicklung der offenen Ganztagschulen komme der Kooperation von Schule und Jugendhilfe besondere Bedeutung zu.

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0711/2008**

**Ein Jahr Fachberatung Schulverweigerung im
Amt für Kinder, Jugendliche und Familien -
Erfahrungsbericht**

Neben verschiedenen Detailfragen zur Vorlage und der Arbeit im Rahmen der Fachberatung Schulverweigerung im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien wurde in mehreren Wortbeiträgen darauf hingewiesen, dass eine kontinuierliche Fortführung dieser Aufgabe besonders wichtig sei. Dementsprechend solle die dauerhafte Finanzierung vorrangig verfolgt werden.

Frau Grönefeld, die auf der Stelle der Fachberatung Schulverweigerung arbeitet, stellte sich dem Ausschuss vor und beantwortete Detailfragen. Allgemein wurde von der Verwaltung angemerkt, dass der Erfolg des Modellprojekts untersucht werden müsse, um zu prüfen, ob das Konzept greife. Gleichzeitig wurde aber bestätigt, dass die dauerhafte Finanzierung der Projektstelle ebenso ein Ziel sei, wie das Einwerben von Sponsoringmitteln für diese fachliche Aufgabe.

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0682/2008**

**„Die Familienhebamme am Gesundheitsamt der
Stadt Münster“: Weiterführung des Modellprojekts**

Der Vorsitzende begrüßte zu dem Tagesordnungspunkt Frau Dr. Schwarte vom Gesundheitsamt, die im Folgenden einzelne Fragen zum Inhalt der Vorlage beantwortete. In dem Zusammenhang ging sie besonders auf den Einsatz der Familienhebamme in Kindertageseinrichtungen und Familienzentren ein.

In der sich anschließenden Aussprache wurde die von der Verwaltung dargestellte Arbeit mehrfach begrüßt und sehr positiv gewürdigt. Dabei bestand Einvernehmen, dass die mit der Vorlage mittelfristig abgesicherte Finanzierung der Arbeit von besonderer Bedeutung sei.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Das Projekt ‚Die Familienhebamme am Gesundheitsamt der Stadt Münster‘ wird bis 2012 weitergeführt.
2. Die erforderlichen kommunalen Finanzmittel werden in dem unter Ziffer III. dargestellten Umfang unter dem Vorbehalt bereitgestellt, dass die Bezuschussung des Projektes wie dort aufgeführt erfolgt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Antrag an die Franz Bröcker-Stiftung für eine weitere Förderung des Projektes zu stellen.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die Weiterführung des Projektes in den Jahren 2009 bis 2012 - bei Bezuschussung des Projektes durch die Franz Bröcker-Stiftung - jährlich Aufwendungen i.H.v. 25.500 € (2009) bzw. 31.000 € (ab 2010) für die Stadt Münster entstehen.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0701	Gesundheitsdienste	2009 2010 2011 2012	53.220 58.940 59.160 59.380	
Teilergebnisplan (Zeile)	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
Insgesamt:				230.700	

Erträge					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0701	Gesundheitsdienste	2009 2010 2011 2012	27.720 27.940 28.160 28.380	vorbehaltlich der Bewilligung durch die Franz Bröcker- Stiftung
Teilergebnisplan (Zeile)	02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen			
Insgesamt:				112.200“	

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0715/2008**

Umsetzung Kinderbildungsgesetz - Einzel-

maßnahme: Elterninitiative Waldorfkindergarten

- **Ausbau des Kindertagesbetreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren**
- **Investitionskostenzuschuss für Aus- und Umbau**

Auf einige Nachfragen erläuterte die Verwaltung den Stand der Vorbereitungen für die Maßnahme und die aktuelle Situation, in der die unter dreijährigen Kinder bereits in der Einrichtung betreut wurden. Dazu wurde auch das Verfahren für die Verpflegung von Kindern in Kindertageseinrichtungen sowie der Finanzierung mit Landesmitteln beschrieben. In dem Zusammenhang wurde der Ausschuss darüber informiert, dass für alle entsprechenden Gruppen eine Mitfinanzierung durch das Land beantragt wurde. Eine Aussage über Bewilligungen war aber noch nicht möglich.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Die Bezirksvertretung Münster-West nimmt zur Kenntnis, dass zum 01.08.2008 auf der Grundlage des Beschlusses zur Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes in Münster (V/0105/2008) in der Elterninitiative Waldorfkindergarten eine zusätzliche Gruppe für Kinder im Alter von 2 - 6 Jahren geschaffen sowie die zwei weiteren vorhandenen Kindergartengruppen in Gruppen für Kinder im Alter von 2 - 6 Jahren umgewandelt wurden. Damit wurden 18 neue Plätze für zweijährige Kinder geschaffen.
2. Die Bezirksvertretung Münster-West stimmt zu, dass in der o.g. Kindertageseinrichtung die erforderlichen baulichen Maßnahmen sowie die adäquate Ausstattung der Räume durchgeführt werden

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für diese Maßnahme einmalige investive Kosten in Höhe von 185.096,49 € entstehen. Darin enthalten sind Kosten in Höhe von 12.635,04 € zur adäquaten Ausstattung der Räumlichkeiten und für die An- und Umbaumaßnahme Kosten in Höhe von 172.461,45 €.

Der Zuschuss ergibt sich aus den Gesamtkosten von 192.808,85 € (13.161,50 € für die Ausstattung und 179.647,35 € für die An- und Umbaumaßnahme) abzgl. eines 4%-tigen Trägeranteils von 7.712,36 €.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Auszahlungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0601	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung			
Teilfinanzplan (Zeile)	11	Auszahlung von aktivierbaren Zuwendungen	2008	185.096,49	Gesamansatz 1.716.440 €
Investitionsmaßnahme	0210	Zuschuss zum Ausbau Kita-Betrieb (u3) freier Träger			
Insgesamt:					

Einzahlung: Die Maßnahme ist beim Land NRW im Zusammenhang mit der Investitionskostenförderung des U3-Ausbaus zur Finanzierung beantragt. Über Zeitpunkt und Höhe lassen sich derzeit keine konkreten Angaben machen.“

Punkt 10 der Tagesordnung	Verschiedenes
---------------------------	---------------

Es gab keine Wortmeldungen.

Ende der Sitzung: 18:50 Uhr

gez.

Josef Rickfelder
Vorsitz

gez.

Heinz Lembeck
Schriftführung